

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

12.2.1923 (No. 36)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Festschickort
Karlsruhe
Nr. 3616.

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Bezahlung
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. n. d.
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für Februar 1923 1.50 M. — Einzelnummer 30 M. — Anzeigengebühr: 70 M. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Werbebelagen tarifierter Natur, die als Kaszenabatt gilt und verteuert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Ähnliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruhe, Nr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwanzigwöchiger Beitragsdauer und Kontoverfahren fällt der Abatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung versetzt, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es ist keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Zum Besuch des Reichspräsidenten.

Reichspräsident Ebert ist heute, begleitet von dem Reichsminister des Innern, Oser, und dem Reichsfinanzminister Dr. Albert, in Karlsruhe eingetroffen, um mit der Regierung und den Vertretungen der Gemeinden und der wichtigsten Berufsstände die Lage im neu besetzten Gebiet, im Gebiet von Offenburg und Appenweier, zu beraten.

Reichspräsident Ebert würde bei einem jeden Besuch in Karlsruhe von der Regierung und von der gesamten Bevölkerung des Landes herzlich und ehrerbietig begrüßt worden sein. Der Reichspräsident ist selber ein Kind des badischen Landes und uns somit zu jeder Zeit willkommen. In seinem Amt hat er sich die rein sachliche Hochachtung und die persönliche Verehrung der allerbesten Kreise unseres Volkes bis tief in die Reihen der Parteien hinein, die nicht auf dem Boden des neuen Staates stehen, erworben. Unser Gruß gilt daher nicht nur dem Landmann, sondern auch dem obersten Repräsentanten des Reiches. Der besondere Anlaß aber, der Herrn Ebert diesmal zu uns führt, verleiht dieser Begrüßung eine besondere Herzlichkeit.

Beweist uns doch dieser Besuch, daß der Reichspräsident und mit ihm die Reichsregierung die schweren Nöte, von denen nun auch unser badisches Land durch den widerrechtlichen Einbruch der Franzosen betroffen wird, verständnisvoll mitempfindet und bereit ist, uns in dieser Not beizustehen, soweit das Reich dazu imstande ist, uns eben die Treue zu halten, wie wir sie dem Reich, dem großen deutschen Vaterland, gewahrt haben.

Es wird auch in Berlin mit Benützung die Tatsache beobachtet worden sein, daß das badische Volk genau so, wie die Bevölkerung an dem Rhein und an der Ruhr, allen Drohungen und allen mehr oder minder versteckten Lockungen der Franzosen mit entschiedenster Ablehnung begegnet. Dieses Verhalten Badens hat zu dem Bau der deutschen Einigkeit im Abwehrkampf einen neuen gewichtigen Baustein hinzugefügt. Und wenn die Franzosen wirklich auf die deutsche Uneinigkeit spekuliert haben und etwa damit rechneten, die süddeutsche Bevölkerung würde sich in der Not des Vaterlandes als weniger widerstandsfähig und als weniger zäh erweisen, als die Westfalen, so haben sie sich gründlich geirrt. In dem Abwehrkampf, der uns widerrechtlich und rachslos aufgezwungen worden ist, gibt es heute in ganz Deutschland keinen Unterschied der Partei, keinen Unterschied der Berufsschichten und auch keinen Unterschied der Stämme mehr.

Dabei darf aber niemand glauben, daß wir etwa in Baden leichtfertig und optimistisch den fürchterlichen Ernst der Stunde unterschätzen. Wir wissen sehr wohl, worum es geht. Und wir wissen sehr wohl, daß die nächste Zeit ungeheure Anforderungen an die seelische und körperliche Ausdauer, an die Nervenkraft des deutschen Volkes stellen wird. Und es ist selbstverständlich, daß alle die Gebiete und alle die Volksteile, die von der brutalen französischen Politik der Vergewaltigung unmittelbar betroffen werden, auch auf die besondere Unterstützung des Reiches rechnen müssen. Der Besuch des Reichspräsidenten und der beiden Vertreter des Reichskabinetts sind uns eine Gewähr dafür, daß es auch unserem badischen Lande an dieser Unterstützung nicht fehlen wird. Wünsche und Vorschläge im einzelnen werden ja heute näher erörtert werden.

Im Sinne dieser hier ausgesprochenen Gedanken und Gefühle, im Sinne des Wortes von der Treue um Treue begrüßen wir den Reichspräsidenten Ebert mit seinen Begleitern aufs herzlichste. In verkloffenen Zeiten wäre es üblich gewesen, einen solchen Besuch festlich zu feiern. Heute verbietet sich solcher ganz von selbst. Zu ernster Beratung ist der Reichspräsident hierher gekommen. Aber wir sind überzeugt, daß diese Beratungen einen Geist atmen werden, der sicherlich viel erfreulicher und viel ergebender ist, als der einer mehr oder minder pompösen Feierlichkeit. Wir sind gewiß, daß aus den Beratungen selbst Entschlüsse und Maßnahmen hervorgehen werden, die mehr wert sind, als eine Festlichkeit!

Die erste europäische Verteidigungslinie.

Die „Welt. Zig.“ entnimmt folgenden Artikel dem „Am Statesman“, einer Wochenschrift der englischen Linken. Die Interessen, klaren Darstellungen wollen wir unseren Lesern nicht vorenthalten.

„Kein britischer Publizist und Politiker hat länger ein Recht, sich den natürlichen Gefühlen hinzugeben, die bisher eine scharfe Kritik an unseren bisherigen Verbündeten verboten. In der gegenwärtigen Krise stehen wir einer ungeheuerlichen Tatsache gegenüber, die Fragen umfaßt, welche von lebenswichtiger Bedeutung für Großbritannien und für ganz Europa sind. In dieser Sache ist kein Raum für Gefühle. Frankreich erneuert gegenwärtig einen seiner historischen Versuche zur Erlangung der militärischen Hegemonie auf dem Kontinent. Von einem Gesichtspunkt aus mag der Versuch vielleicht als eine Possie betrachtet werden, da er, soweit zu sehen ist, nicht erfolgreich sein kann. Ein an Zahl so kleines und in Bezug auf industrielle Entwicklung so ungenügend ausgestattetes Volk wie die Franzosen kann unmöglich lange eine vorherrschende Macht bleiben. Doch der Versuch, so wahrhaftig er auch sein mag, kann unbezweifelbar Schäden anrichten und ganz Europa erneut in Flammen setzen. Es ist so, wie Herr Lloyd George in seinem Artikel im „Daily Chronicle“ vor zehn Tagen sagte: „Als die französischen Truppen auf Efen marschierten, begannen sie die weitestreichende und verheerendste in ihren Folgen verhängnisvollste Bewegung, die Europa seit vielen Jahrhunderten erlebt hat.“ Wir mögen wünschen, still sitzen zu bleiben und die Ergebnisse zu beobachten. Das ist es in der Tat, was die überwiegende Mehrheit unseres Volkes sicherlich am liebsten tun würde. Doch es wird unmöglich sein. Großbritannien kann sich im Jahre 1923 ebenso wenig beiseite halten, wie es das 1914 nicht tun konnte.

Wir sind von einigen Lesern zur Rede gestellt worden, weil wir vor ein oder zwei Wochen Frankreich als den „Feind“ bezeichnet haben. Wir haben nicht den Wunsch, starke Worte zu gebrauchen, und keiner unserer Leser wird uns, so glauben wir, bezweifelnd, daß wir Feindschaft zwischen unserem Lande und einer anderen Nation in der Welt anzuknüpfen wünschten. Wenn wir gelegentlich eine kräftige Ausdrucksweise zur Anwendung bringen, so geschieht dies allein, weil wir so tief von der Notwendigkeit, die Öffentlichkeit zur Erkenntnis der wirklichen Tatsachen zu zwingen, überzeugt sind. Es ist wahr, daß Frankreich jetzt unser Feind ist, der bitterste und gefährlichste Feind, den wir in der ganzen Welt haben. Kann irgend einer unserer Kritiker diese Feststellung bestreiten? Kann er uns einen aufrichtigeren und gefährlicheren Feind nennen? Kann er — selbst in Moskau — eine Presse finden, die uns so angreift, wie es die Pariser Zeitungen tun? Kann er eine einzige wichtige Frage in Europa oder außerhalb des Kontinents nennen, in der die französische Politik der unsrigen nicht diametral entgegen liefe und die französische Regierung uns nicht entweder offen bekämpfte oder, wie in Lausanne, heimlich unsere Bemühungen hintertrieb? Kann er bestreiten, daß Frankreich das Haupthindernis der Schaffung eines wirksamen Völkerbundes und der Annahme eines jeden Vorschlages für eine allgemeine Entwaffnung ist? Warum sollen wir also, wo doch Frankreich klar der Feind Großbritanniens und aller Wünsche und Bestrebungen Großbritanniens ist, dieses Wort nicht gebrauchen? Es ist notwendig, es zu tun. Der Tatsache — denn es handelt sich um eine Tatsache — muß man ins Antlitz sehen, und zwar je früher desto besser. Denn, wenn wir ihr ins Antlitz sehen, können wir noch Katastrophen abwenden, die, falls wir fortfahren, unsern Kopf im Sande zu verdecken, sicherlich über uns und über Europa hereinbrechen werden.

Die Öffentlichkeit ist bei uns noch von falschen Gefühlen gegenüber Frankreich bewegt. Sie ist noch bereit, mit aufrichtiger Sympathie auf alle Appelle zu reagieren, die sich auf die „schrecklichen Leiden Frankreichs“ gründen. Das ist eine andere Angelegenheit, in der eine deutliche Sprache zwar notwendig ist. Denn derartige Appelle haben keine haltbare Grundlage. Frankreich hat tatsächlich während des Krieges fürchterlich gelitten. Doch heute gibt es in Frankreich weniger menschliche Leiden als in irgend einem andern Lande Europas, das Krieg geführt hat. Die zerstörten Gebiete sind für den oberflächlichen Beobachter ein melandolisches Bild, aber dort gibt es überhaupt keine Leiden. Die große Mehrheit der Bewohner dieser Gebiete sind mit den Artikeln des Lebensbedarfes und der Bequemlichkeit besser ausgerüstet, als sie es jemals vorher im Leben waren, dies teilweise infolge der Geldsummen, die dort während des Krieges ausgegeben wurden und ihren Weg in die Spartanschen fanden, teils infolge der extravaganten „Entschädigung“, die seitdem von der französischen Regierung gezahlt wurde. Bei dieser Angelegenheit handelt es sich um einen aufrichtigen Gegenstand, den wir vorziehen würden, nicht zu erörtern. Wenn aber die angeblichen „Leiden“ des französischen Volkes als eine Entschuldigung, für die Politik der allgemeinen Sabotage herangezogen werden, die die französische Regierung jetzt verfolgt, dann ist es notwendig, darauf hinzuweisen, daß diese „Leiden“ tatsächlich nicht bestehen. In dem zerstörten Gebiet — das nicht sehr ausgedehnt ist — gibt es manches verlassene Feld, aber es gibt doch keinen Bauern, der sich nicht sein Glas Wein und seinen Laib Brot leisten kann, und es gibt dort kaum einen Eigentümer, der aus dem Wege der Entschädigung nicht bereits viele Male mehr Franks erhalten hat, als er für den Verkauf seiner Besitzungen 1918 hätte erhalten können.

Die französischen Armeen sollen, so sagt uns die Pariser Presse, die Ruhr „für mindestens fünf Jahre“ besetzen. Verglichen mit

den Absichten des Herrn Poincaré, ist diese Erwartung zweifellos sehr bescheiden. Aber trotzdem glauben wir nicht, daß sie sich erfüllen wird. Die Grenzen der Gebuld Großbritanniens — und der übrigen Welt in dieser Angelegenheit — angesichts der planmäßigen Zerstörung der deutschen Industrie sind dafür zu eng gezogen. Eine zeitlang mögen wir „abwarten und zusehen“, aber nicht fünf Jahre, ja selbst nicht ein Jahr lang. Viel hängt natürlich von der Haltung der Deutschen ab. Wenn sie ihre gegenwärtige Politik des passiven Widerstandes aufrecht erhalten können, dann wird die Krise sehr bald auf die Spitze getrieben werden; wenn sie dazu nicht imstande ist, dann wird eine Verzögerung der Regelung eintreten.

Wir sind im allgemeinen nicht „Pro-Deutsche“, wir haben immer den Standpunkt vertreten, daß die Deutschen zahlen können und für den Kriegsschaden, für den sie hauptsächlich, wenn nicht gänzlich verantwortlich sind, zum Zahlen gebracht werden sollten. Doch in dem Kampf, der sich jetzt zwischen den Regierungen Frankreichs und Deutschlands entsponnen hat, sind wir ohne irgend eine Einschränkung pro-deutsch. Es ist die Ausdauer Deutschlands, die als die erste europäische Verteidigungslinie gegen die wahnwitzige Forderung Frankreichs angesehen werden muß. Herr Poincaré kann durch passiven Widerstand geschlagen werden, wenn dieser entschlossen genug ist. Wenn jedoch der Widerstand niederbrechen sollte, dann müssen andere Mittel gefunden werden, und wir werden Problemen gegenübersehen, denen niemand bei uns ins Antlitz zu sehen wünscht. Die Einwohner der Ruhr kämpfen unsere Schlacht, wie auch die übrige. Das ist sicher eine unschmackhafte Wahrheit, doch welcher Mensch, der die ganze Lage versteht, kann bestreiten, daß sie die Wahrheit ist?

Herr Bonar Law hat, nach unserer Meinung, bisher im allgemeinen die richtige Politik eingeschlagen. Wir bedauern, daß er auf Grund der Ungefehltheit des ganzen Vorganges keinen förmlichen Protest eingelegt hat und daß er die Behauptung von Deutschen unter französischen Befehlen in dem Gebiete zuließ, das von britischen Truppen besetzt ist. Doch abgesehen davon, gab es vermutlich keinen Schritt, der im Augenblick mit Nutzen hätte getan werden können. Wir selbst können sicherlich keinen anderen Schritt in Vorschlag bringen. Man muß einstweilen die Ereignisse sich ohne Einmischung von London entwickeln lassen. Aber die Zeit der notwendigen Untätigkeit wird nicht sehr lange dauern. Vorsicht und Gebuld dürfen nicht zum Gebenlassen werden. Der Frank ist bereits auf 80 zum Pfund Sterling gesunken, die Mark ist faktisch wertlos geworden. Wir dürfen angesichts des allgemeinen — militärischen und wirtschaftlichen — Chaos, das in ganz Mitteleuropa droht, nicht forsicheren, stillsitzen. Früher oder später wird Großbritannien handeln müssen, und wir können nicht zu früh die Schritte erwägen, die am geeignetsten, noch nicht bestimmbar Zeitpunkt getan werden müssen. Zwei Dinge sind unmittelbar notwendig, nämlich die Aufklärung der Öffentlichkeit und die sorgsame Ausarbeitung eines Rettungsplanes. Wir glauben, daß Herr Bonar Law diese Notwendigkeiten im Auge hat. Wir hoffen es aufrichtig.

Politische Neuigkeiten. Ein neues Pressionsmittel.

Die wirtschaftliche Abschürmung des besetzten Gebietes von dem unbesetzten Deutschland wird von heute ab eine neue Verschärfung erfahren. In einer den deutschen Geschäftsträgern in Brüssel und Paris überreichten Note wird mitgeteilt:

„Daß mit Wirkung vom 12. Februar ab die Ausfuhr der im besetzten Gebiet hergestellten Industrieerzeugnisse, und zwar nicht nur die Metallproduktion, sondern auch die febricitäre sämtlicher übrigen Industrien, nach dem unbesetzten Deutschland gesperrt wird. Anlaß zu der Maßregel hätten Befehle gegeben, die die deutsche Regierung ihren Beamten im Ruhrgebiet erteilte. Durch diese Befehle versuche die deutsche Regierung angeblich, Unruhen aller Art hervorzurufen.“

In den späteren Kommentaren, die der neue Gewaltakt in den Pariser Abendblättern findet, wird die Unterbindung der Ausfuhr der Industrieerzeugnisse der Ruhr und des Rheinlandes als das wirksamste Pressionsmittel bezeichnet, um den Widerstand des Reiches zu brechen. Zu gleicher Zeit wird jedoch zum ersten Mal offen zugegeben, daß die Abschneidung der Kohlenzufuhr, von der man sich und dem französischen Publikum ähnliche Wirkungen versprochen hatte, nicht den erwünschten Erfolg gehabt hat, daß es Deutschland gelungen sei, ansehnliche Reserven zu schaffen, um den Ausfall an Ruhrkohle durch sächsische, oberösterreichische und emalische Kohle, sowie durch Steigerung der Braunkohlenförderung zu einem Teil wettzumachen.

Deutschen Ministern wird verboten deutsches Land zu betreten.

Poincaré hat Samstag vormittag von 10 bis 12 Uhr Besprechungen mit dem belgischen Minister des Äußeren, Jaspar gehabt, denen außerdem bewohnten der belgische Gesandte in Paris, der Kriegsminister Maginot, Arbeitsminister Le Troquer, Finanzminister de Lasteyrie und der Minister für die besetzten Gebiete, Ribel. Nach Schluß der Sitzung wurde folgende Note veröffentlicht, die an die deutsche Regierung gerichtet werden soll:

„Die belgische und die französische Regierung haben festgesetzt, daß der Besuch des Reichskanzlers Cuno im Ruhrgebiet und seine dort ausgeübte Tätigkeit einzig und allein den Zweck gehabt haben, gefährliche Erregungen, besonders unter den

Deutschland erneut nachdrücklich darauf hingewiesen worden, daß die an der Weichsel festgesetzte Grenze den Bestimmungen des Vertrages von Versailles nicht entspricht. Daher hat die deutsche Regierung auch bei diesem Anlaß gegen die Grenzabstimmung an der Weichsel feierlichst Verwahrung eingelegt.

Kurze Nachrichten.

Sonderung des Reichskabinetts. Auf die französische Note, die den Ministern des Reiches und der Länder das Recht abspricht, fernhin das Ruhrgebiet zu betreten, ist von deutscher Seite eine Antwort noch nicht gegeben worden. Wie wir hören, wird erst im Laufe des heutigen Tages eine Sonderung des Reichskabinetts darüber Beschluß fassen, in welcher Form die neue unerhörte französische Annäherung ihre Zurückweisung finden soll.

Der Hafen von Smyrna durch Minen gesperrt. Am Quai d'Oray wird befürchtet, daß die Türkei die Einfahrt in den Hafen von Smyrna durch neue Minen gesperrt habe. Seit der Ankunft des englischen Kreuzers „Curacao“ ist kein Schiff in Smyrna eingelaufen oder ausgelaufen. Der französische Kreuzer „Pierre Loti“, der die französische Kolonie in Smyrna an Bord nehmen sollte, mußte auf die Einfahrt verzichten, weil die Türken ihm keinen Passieren der Minenzone zur Verfügung gestellt haben. Der Kommandant des vor Smyrna liegenden holländischen Kreuzers hat, wie am Quai d'Oray mitgeteilt wird, den Befehl erhalten, der türkischen Aufforderung zum Verlassen des Hafens nicht nachzukommen und sich an etwaigen Abwehrmaßnahmen der Verbündeten und amerikanischen Kriegsschiffe zu beteiligen. Die holländische Regierung begründet diesen Befehl mit der Notwendigkeit des Schutzes für die holländische Kolonie in Smyrna. Im übrigen wird die Lage in Smyrna an französischer amtlicher Stelle als unverändert bezeichnet. Mit einer ernstlichen Aufspürung der Lage wird auch heute nicht gerechnet. Italien steht, wie hier betont wird, „vorbehaltlos“ neben seinen Verbündeten. Das Gerücht von einem griechischen Vorstoß an der Marmara wird am Quai d'Oray nicht bestätigt.

ABC. Moskauer Arbeiterproteste gegen die Ruhrbesetzung. Die Moskauer Wälder bringen eine Fülle von Nachrichten über Proteste der Moskauer Arbeiter gegen den Einbruch der Franzosen ins Ruhrgebiet. Die Angestellten der Moskauer Gewerkschaft „Anberlant“ fahnten eine Resolution, in der die französischen Imperialisten, die auf eine neues Gemischel hinarbeiten, verflucht werden. Auf vielen Arbeiterversammlungen, die überaus zahlreich besucht waren, wurden Protestresolutionen gegen den räuberischen Einfall Frankreichs angenommen und den deutschen Arbeitern des Ruhrgebietes eine Unterstützung zugesagt. Der bolschewistische Verband der Bergarbeiter hat beschlossen, den deutschen Ruhrarbeitern eine Unterstützung von 30 Millionen Mark zukommen zu lassen. Die Zentralgewerkschaft „Bentroskosus“ hat einen Aufruf erlassen, in welchem anlässlich der Besetzung des Ruhrgebietes die Schaffung einer Einheitsfront aller Gewerkschaften gegen die imperialistische Politik Frankreichs gefordert wird, das einen neuen Weltkrieg provoziert.

Badische Übersicht.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Freiburg, 12. Febr. Anlässlich der großen Not des Vaterlandes erläßt der Verein Freiburger Ärzte folgende Kundgebung: Wir als Ärzte sehen in erster Linie die gesundheitlichen Schädigungen durch den Mißbrauch des Alkohols, wie wir auch die zerrüttenden Folgen aus sittlichem und wirtschaftlichem Gebiete vor allem innerhalb der Familie verfolgen können. Wir Ärzte sind uns bewußt, daß der Mißbrauch des Alkohols nicht die Ursache sondern eine der Begleiterscheinungen sittlichen Niedergangs unseres Volkes, ist, einer Begleiterscheinung aber, die in besonderem Maße wieder zur Ursache weiterer und tieferen Verfalls wird. Als verantwortliche Hüter der Volksgesundheit können wir nicht länger zusehen, wie das Übel beachtet weiterreißt, bis es — wie bei der Ernährungslage während des Weltkrieges — zu spät ist. Wir rufen deshalb das öffentliche Gewissen auf, der Gefahr unverzüglich und mit ganzen Mitteln entgegenzutreten.

Der Verein Freiburger Ärzte begrüßt deshalb die Regierungsvorlagen über das Schenksteuergesetz und als besonders dringend das Selbstbestimmungs- beziehungsweise Abstammungsrecht der Einwohner in der Frage des Alkoholausschanks.

Die Freiburger Ärzte bekräftigen eine Vesteuerung der alkoholhaltigen Getränke, vor allem der Wein- und Liqueurweine, derart, daß der Verbrauch wirklich und wirksam eingeschränkt wird.

Angeichts der schon heute herrschenden großen Ernährungs-schwierigkeiten, die sich zu Hungersnot zu steigern drohen, ist es selbstverständliche Forderung: Von unseren heimischen Ernten kein Pfund Zucker den Sekt- und Likörfabrikanten! Keine Kartoffel, kein Obst der Trinkalkoholherstellung! Kein Sach imländisches Getreide den Brauereien!

Landestheater.

Nathan der Weise

wurde im Landestheater dankbarst aufgenommen von dem erfreulich gefüllten Hause. Erfolgreich, weil in einer Zeit wie der jetzigen, deren Kennzeichen das mangelnde seelische Gleichgewicht ist, dieser Predigt der religiösen Duldsamkeit und der Nächstenliebe ein großer Hörerkreis zu gönnen ist. Erfolgreich auch, weil sonst der Besuch der Klassiker-Vorstellungen vielfach zu wünschenswert übrig läßt. — Die Titelrolle ist in den Händen des Herrn Herz eine bekannt vorzügliche Leistung. Insbesondere die so feinnünnige Erzählung von den drei Ringen kam wieder mit großer Meisterschaft zum Vortrag. Fräulein Geiseler war eine sehr sympathische Nedra. Herr Dahlen gab den Tempelherrn, diesen herben Charakter, vielleicht schon etwas zu beweglich. Alle übrigen Mitwirkenden, die Damen Ermath (Sittah), Pix (Daja) und die Herren Bärner (Saladin), Pachen (Patriarch), Baumdach (Derwisch), Söder (Klosterbruder) genügen sehr hohen Anforderungen.

Ein Teil des Publikums — freilich nur ein Teil — möchte wohl annehmen, daß Lessing in der Figur des Patriarchen eine sehr zögerrichte Figur habe zeichnen wollen und veranlaßt so wohl den bitteren Ernst und die Gefährlichkeit dieses religiösen Eifers. O. W.

Der Vetter von Dingsda.

Erstaufführung im Landestheater. Dieser Vetter gehört in das Konzerthaus. Aber gestern war Fastnachtsnacht und man nahm den Vetter von Dingsda samt den beiden Lausbuben Max und Moritz aus diesem Grunde schon eher auf der klassischen Mozart- und Hamletbühne entgegen. Künnele's Musik ist Schlagermusik und hat dem Komponisten viel-

Da das Wohnungselend befanniernachen viele in das Wirtschaftszweck, ist nicht bloß die Umwandlung überflüssiger Schankstätten in Wohnungen zu fordern, sondern auch sonst alles zu tun, um menschenwürdige Heime zu schaffen.

Da Milch im Gegensatz zu Wein und Bier ein echtes Stärkungsmittel ist, muß die Milchherzeugung auf jede Weise gefördert werden. Die Ertrüchtigung des Gemeinwohles besonders unserer Jugend durch Wandern, Spiel und Sport muß von allen Behörden tatkräftig unterstützt werden, damit an Stelle der trüglichen passiven Alkoholfreude der wahrer natürliche Lebensgenuss tritt.

Zum besseren Schutze der Jugend empfehlen wir, im Geseh der Altersgrenze weiter hinaufzusehen, so daß Branntwein an Jugendliche unter 21 Jahren nicht abgegeben werden darf.

Aus der Landeshauptstadt.

Landestheater. Der Opernspielplan der nächsten Woche sieht außer der ersten Wiederholung von Künnele's „Der Vetter aus Dingsda“ am Dienstag den 13. d. eine Aufführung von Wagner's „Tannhäuser“ am darauffolgenden Tage vor. Fräulein Lilly Breg vom Stadttheater in Würzburg wird sich in der Partie der „Elisabeth“ um das jugendlich-dramatische Fach bewerben. Die übrige Besetzung ist die bekannte. Am Freitag den 16. findet der Verein Volksbühne (J 12) — für das allgemeine Publikum sind an der Theaterkasse Eintrittskarten aller Platzgattungen erhältlich. — Humperdinck's „Hänsel und Gretel“ statt. In dieser Vorstellung gastiert Fräulein Amy Nys vom Stadttheater in Augsburg als Gretel auf Anstellung. Sonntag den 18. gelangt Korkyng's „Udine“ zur Wiederholung.

Die dritte Aufführung der Karl Müllerschen Gesangsopere „Robert und Bertram“, die an den beiden vorausgegangenen Abenden bei ausverkauften Häusern wahre Meisterleistungen entfaltete, findet am Montag den 12. Febr. (Abonnement C 14) statt. — Am Donnerstag den 15. Febr. geht als dritte Hauptspiel- und Aufführung dieser Spielzeit das vierte Hauptspiel „Menichikov“ und Katharina von Gellmuth Inger in Szene. Der Verfasser, dessen „Spiel der Schatten“ hier in voriger Spielzeit gleichfalls seine Aufführung erlebte, hat diesmal seinen Stoff der russischen Historie entnommen und bei seiner dramatischen Gestaltung im Gegensatz zu dem genannten Werk auf die mystisch-symbolische Darstellungsform verzichtet u. sich in Sprache u. Charakterzeichnung fest auf den Boden des realistischen Dramas stellen wollen. Zwischen den drei Hauptfiguren des Stücks, der Karin Katharina, dem Jaren Peter (dem Großen) und dessen Vertrauten Menichikov entwickelt sich in gedrängter Szenenfolge die Handlung dabei in freier dramatischer Deutung zu sinnvoller Klarheit bringend, was in der geschichtlichen Überlieferung dunkel und vieldeutig blieb.

Kommunalpolit. Rundschau.

Gemeinden- und Elektrizitätsversorgung.

KK. In einer gründlichen Untersuchung über die Elektrizitätsstände der Gemeinden gibt der hervorragende Sachverständige Emil Schill auch einen kurzen Überblick über die Gesamtregelung der deutschen Elektrizitätswirtschaft (Deutscher Kommunal-Kalender, 1923).

Eine Allgemeinregelung ist bald nach dem Umsturz durch ein wenig vollkommenes — sogenanntes — Sozialisierungsgesetz vorbereitet worden und sollte mittels eines befristet vorgeschriebenen Wirtschaftsgesetzes durchgeführt werden; dieses gesetzgeberische Werk ist jedoch unter Nichtachtung einer ausdrücklichen Gesetzesvorschrift bisher nicht zustande gekommen. Die politischen Zusammenhänge, kraft deren ein schon grundsätzlich so bedeutender Vorgang möglich war, und gewisse Nebenerscheinungen dieses Geschehens gehören zu den bedeutendsten Ereignissen deutschen politischen Lebens; ob im übrigen das Verfahren der Vorbereitung jenes Wirtschaftsgesetzes zu einer zweckmäßigen Regelung hätte führen können, muß dahingestellt bleiben. Auch abgesehen von dieser Frage, sind aber die Schwierigkeiten einer Gesamtregelung der Elektrizitätswirtschaft nicht gering zu schätzen, zumal aus Gründen der Wirtschaftlichkeit weder eine einfache Übernahme auf die öffentliche Hand noch eine bloße behördliche Zwangsverwaltung in Betracht kommt. Zwischen plumper Gewaltregelung und wirtschaftlicher Hemmungslösung — unter der unsere Elektrizitätswirtschaft schon so lange und selbst heute noch, wo ein zweifacher Aufwand an Gut und Arbeit gewiß nicht mehr zu verantworten ist, leidet — liegen indes Möglichkeiten einer wohlgefügten, lebendigen Ordnung. Auch ist es für dieses Gebiet wie für andere Gebiete unseres Wirtschaftslebens nur eine Vorstellung, daß im Gegensatz zu jeder höchsten planmäßigen Regelung, die man absehbar oder irrig mit Anbelegung der Freiheit gleichsetzen pflegt, gegenwärtig eine freie Wirtschaft herrscht; die Unselbständigkeit des politischen, auch wirtschaftlichen Denkens, die den Deutschen auszeichnet, ermöglicht es aber, daß sich kein Widerstand nicht sowohl gegen privatwirtschaftliche Selbstherrlichkeit als vielmehr gegen jedes Eingreifen des Staates, den er nicht als Beförderung der Gemeinschaft empfindet, zu richten pflegt. So konnte es geschehen, daß wir auf dem Wege zur Regelung der

Elektrizitätswirtschaft, eines von Natur hierzu vorausbestimmten Gebietes, selbst von kleinen Ländern und selbst von dem klassischen Lande der Landwirtschaft überflügelt worden sind. So ist es heute noch möglich, daß Elektrizitätswirtschaftler in führender Stellung Schlagworte zugunsten privater Abgrenzung von Wirkungsbereichen ausgeben, die nur durch Verletzung der Grundsätze erklärbar sind, daß sich politische Provinzen nicht mit geographischen Wirtschaftsgebieten und Wirtschaftsgebieten nicht mit Elektrizitätsgebieten decken. Folge der angegebenen Umstände ist es, daß noch nicht einmal ein Genehmigungsgesetz zustande gekommen ist, wie dies längst vor dem Kriege von verschiedenen Ländern erstrebt wurde, wegen der Machtverteilung zwischen Reich und Einzelstaaten aber nicht durchgeführt werden konnte; daß indes kurz vor dem Kriege auch das Reich auf dem besten Wege war, diese Frage zu lösen, vermag der Verfasser aus eigener Mitarbeit zu bekräftigen. Ein solches Genehmigungsgesetz, dessen Aufgaben der Verfasser früher erörtert hat, und das schlichtweg eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit darstellt, hätte bei richtiger Begrenzung des Eingriffes die berechtigten Belange öffentlicher wie privater Elektrizitätsunternehmen nicht nur nicht beeinträchtigt, sondern sogar geschützt und gefördert. Mangel eines solchen Gesetzes und damit der Handhabe, höheren Gesichtspunkten Geltung zu verschaffen, erleben wir es heute, daß die Beteiligung von Reich, Staaten, Provinzen und höheren gemeindlichen Selbstverwaltungskörpern an der Elektrizitätswirtschaft nicht zu einem wirklichen Siege des Gemeinwohls des höchsten volkswirtschaftlichen Wirkungsgebietes geführt hat, sondern daß sich mannigfach Nachteile der Privatwirtschaft — volkswirtschaftlich unrichtiger Kapitalaufwand, rücksichtsloses Erwerbstreben, Auswüchse der Wettbewerbsitten und Selbstherrlichkeit auf beherrschtem Gebiete — auch bei Unternehmungen öffentlicher Körperschaften herausgebildet haben. Das Gesamtbild aus öffentlicher und privater Betätigung auf dem Gebiete der übergemeindlichen Elektrizitätswirtschaft kann man somit bei aller Anerkennung des dabei aufgetretenen geschäftlichen Eifers und technischen Könnens unter volkswirtschaftlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht als erfreulich bezeichnen. Die Gemeinden aber haben alle Ursache, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß endlich wenigstens der Anfang einer wirtschaftlichen Regelung durch Schaffung eines maßvollen, handlichen Genehmigungsgesetzes gemacht werde. Was sie dadurch an eigener Machtvollkommenheit einbüßen könnten, wäre gegenüber dem erreichbaren volkswirtschaftlichen Vorteile, der letzten Endes ihr eigener Vorteil ist, von vernünftiger Bedeutung.

Staatsanzeiger.

Die Ersatzeleistungen der Gemeinden und Grundeigentümer für die Arbeiten der Vermessungsämter betr.

Auf Grund der Verordnung des Arbeitsministeriums vom 12. Juli 1922, die Ersatzeleistungen der Gemeinden und Grundeigentümer für die Arbeiten der Vermessungsämter betr., Ges. B. VI. S. 488, werden die Gebührensätze mit Wirkung vom 1. Februar d. J. wie folgt festgesetzt:

Bu § 1. Ersatzeleistungen der Gemeinden:

Für jede Stunde Zeitaufwand bei Zimmerarbeiten am Dienstdag 900 M., im übrigen 1200 M.

§ 2. Ersatzeleistungen der Grundeigentümer:

Für jede Stunde Zeitaufwand bei Zimmerarbeiten am Dienstdag 1100 M., im übrigen 1400 M. Kleinbeiträge in den Ersatzforderungen sind auf voll Mark aufzurunden.

Karlsruhe, den 9. Februar 1923.

Badische Wasser- und Straßenbaudirektion. Müller, Dr. Paul.

Personeller Teil.

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

Ernannt:

Polizeinspektor Albert Gebhard in Mannheim zum Polizeioberinspektor.

Ministerium der Finanzen.

Finanzobersekretär Ernst Köfler beim Finanzministerium zum Finanzinspektor, die Finanzsekretäre Emil Heß beim Finanzministerium, Karl Lasser bei der Domänenabteilung, Wilhelm Simons bei der Landeshauptkasse, der Steuerpraktikant Robert Wehlin bei der Landeshauptkasse, der Finanzobersekretäre, Finanzassistent Friedrich Heinzmann bei der Landeshauptkasse zum Finanzsekretär.

Badisches Landestheater.

Montag, 12. Febr. 7 b. n. 10 Uhr. Sp. I. Abt. 2000 M.

Abonn. C 14. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 501-700.

Robert und Bertram.

noch einen Verdauungspaziergang nehmen ließ, die poetische Julia, die melancholisch sieben sechsfache Jahre dem „Strahlenden Mond“ antrat, lag gesangsreicher bei Oete Stecher, ein bewegliches und langweiliges Gannchen war Fräulein Noddy, für Frau Mosel-Tonischid war Marie Enter als Frau Wimpel eingesprungen. Sie schien sich allerdings nicht so recht mit dem Operettenhaften zurechtzufinden, wie auch B. Hochhäuser, der ein etwas steifer Diener war, wogegen sein Dienerkollege Rainbach recht beweglich sich trollte. Während man bei anderen Bühnen diese beiden Dienerrollen in der Regiebehandlung weniger hervorgehoben fand, ist es Herrn Bussard anzuerkennen, daß er auch diese beiden Nebenrollen gut zu unterstreichen wußte. Möge der gestrige weniger gute Besuch des Theaters für die Theaterleitung und den Fortritt-Wetter von Watavia kein allzu schlechtes Omen sein. Adolf Simmel.

* **Karlsruher Künstler undwärts.** Fräulein Luise Rönneke, eine Karlsruher Kind, aus der Schule von Gorkom, hatte vor kurzem am Stadttheater in Bernburg, woselbst sie als 1. Altistin engagiert ist, einen großen Erfolg als „Azucena“ in Troubadour. So schreibt die „Bernburger Zeitung“: Luise Rönneke gab die Azucena wild in der Leidenschaft, groß im Schmerz, voll aufopfernder Liebe zu ihrem Sohn und vermochte, den dunkeln Timbre ihres sonoren Organs, die Tragfähigkeit und das Volumen derselben zur vollsten Geltung zu bringen. „Volkswacht“: Luise Rönneke ist eine Altistin von ganz hervorragenden Mitteln und dramatischer Berbe. Das zeigte sie erneut als Azucena. „Anhalter Kurier“: Ganz ausgezeichnet war die Azucena von Fräulein Rönneke. In ihrer Stimme muß man neben der schönen Kraft, die scheinbar unwiderrlich ist, die geschmackvolle Art ihrer Gesangsweise lobend anerkennen.

Eine gute Type war Fräulein Sander als gallensiebiger Onkel Josef Kubrot, der sich weder seines gebenedigten Frühstücks

